

Verantwortliche Redakteure. Für den politischen Theil: C. Fontane, für Feuilleton und Vermischtes: J. Steinbach, für den übrigen redakt. Theil: J. Hauffeld, sämtlich in Posen. Verantwortlich für den Inseratentheil: J. Klugkist in Posen.

Posener Zeitung

Inserate werden angenommen in Posen bei der Expedition bei Zeitung, Wilhelmstraße 17, Hof. Ad. J. H. Hofmeister, Gr. Gerber- u. Breitestr.-Ecke, alle Briefe, in Firma J. Neumann, Wilhelmplatz 8, in den Städten der Provinz Posen bei unseren Agenturen, ferner bei den Annoncen-Expeditionen Rudolf Hoffmann & Co. in Posen, G. A. Paube & Co. in Breslau.

Ar. 820

Montag, 23. November.

1891

Die „Posener Zeitung“ erscheint wöchentlich drei Mal, am Sonntag und Feiertage folgend, nur zwei Mal, an Sonn- und Feiertagen ein Mal. Das Abonnement beträgt vierteljährlich 4.50 M., für die Stadt Posen, 5.45 M., für ganz Preußen, 6.45 M., für die Provinz, 7.45 M., für die Auslandsendungen, 8.45 M. Die Postgebühren sind in der Zeitung und in den Anzeigen enthalten.

Abonnate, die sechsmonatliche Zeitzeile oder deren Raum in der Morgenausgabe 20 Pf., in der Mittagsausgabe 25 Pf., in der Abendausgabe 30 Pf., an den Postämtern zu bestellen. Die Zeitzeile der Morgenausgabe bis 8 Uhr Vormittags, die der Mittagsausgabe bis 5 Uhr Nachm., angenommen.

Deutscher Reichstag.

(Nachdruck nur nach Uebereinkommen gestattet.) 123. Sitzung vom 21. November, 1 Uhr. Die Beratung des § 6 der Krankenkassennovelle (Umfang und Dauer der Krankenunterstützung) wird fortgesetzt. Zu den bereits geteilt mitgetheilten Anträgen ist ein Antrag v. Strombeck hinzugekommen, welcher verlangt, daß die ärztliche Behandlung thunlichst durch approbirte Aerzte zu gewährt ist. Der gestern eingebrachte Antrag Dr. Hoesfeld (S.) wollte bekanntlich ausnahmslos die ärztliche Behandlung nur durch approbirte Aerzte, der Antrag Eberty-Dr. Virchow (S.) wollte im Prinzip daselbe, ließ aber in Fällen dringender Gefahr auch die Behandlung durch Personen zu, welche bei technischer Vorbildung eine ärztliche Prüfung nicht bestanden haben. Ein Antrag Giese-Hulsch (S.) verlangt ebenfalls im Prinzip die ärztliche Behandlung durch einen auf Grund der Reichsgewerbeordnung approbirten Arzt. Ausnahmsweise soll die Hilfe durch andere Personen erfolgen dürfen, falls in Fällen dringender Gefahr ein approbierter Arzt nicht zu erlangen ist oder die ärztlichen Verhältnisse die Hinzuziehung eines approbirten Arztes erschweren. Ueber das Vorhandensein dieser Voraussetzungen entscheidet die höhere Verwaltungsbehörde. Außerdem liegen zwei Anträge Auer vor, die Krankenunterstützung bereits vom Tage der Erkrankung ab zu gewähren und die Dauer dieser Unterstützung von 13 Wochen auf 1 Jahr zu verlängern. Abg. Babel (S.) beantwortet zunächst den sozialdemokratischen Antrag. Die jetzige Bestimmung des Gesetzes würde eine große Anzahl von Kranken, namentlich des weiblichen Geschlechts schwer schädigen. Sie stehe auch mit dem ganzen Zweck des Gesetzes in Widerspruch. Bezüglich der Zuständigkeit nur approbirter Aerzte steht Redner auf entgegengelegtem Standpunkte wie die Antragsteller. Das Interesse der Aerzte müsse zurücktreten hinter dem Interesse der ärmeren Bevölkerung. Die Bestrebungen der Aerzte seien seit den letzten 10 Jahren reine Jnnungsbestrebungen geworden. Man dürfe aber nicht vergeßen, daß in der letzten Zeit eine Umwandlung der medizinischen Wissenschaft stattgefunden hat, gerade auf Anregungen aus Valentien. Er selbst würde sich nie an einen Kurpfuscher wenden, aber die Anschauungen darüber seien verschieden und nicht nur aus den Ungebildeten, sondern gerade aus den wohlhabenderen Kreisen rekrutierten sich die Anhänger der Naturheilverfahren, z. B. der Kneipp'schen Kur. Der Begriff „approbierter Arzt“ sei ein viel zu enger. In Berlin gäbe es eine Anzahl weiblicher Aerzte, die auch keine approbirten Aerzte seien, aber eine ausgezeichnete Praxis hätten und jedenfalls auch eine ausgezeichnete Vorbildung im Auslande genossen hätten. Diese würden nach dem Antrage Virchow nicht Kassennärzte werden können und ebenso viele Andere, die zwar nicht approbirte Aerzte, aber doch in der Heilkunde große Erfolge hätten, ferner ausländische approbirt Aerzte, die aber in Deutschland nicht approbirt seien. Die Voraussetzung des Antrages Virchow würde die Pflicht für den Arzt sein, überall, wohin er gerufen werde, auch zu kommen; ja die eigentliche Voraussetzung wäre sogar die Veritaatlichkeit der Aerzte. Für die Seelenärzte gebe der Staat jährlich Millionen aus, für die Aerzte des Körpers keinen Pfennig, obgleich diese nach seiner persönlichen Ansicht nützlicher seien als die Seelenärzte. (Heiterkeit.) Redner verweist weiterhin darauf, daß auf dem platten Lande zumeist approbirt Aerzte gar nicht zu haben seien. Uebrigens aber gehöre die Regelung dieser Frage gar nicht in das Krankenkassengesetz, sondern in die Gewerbeordnung. Man dürfe hier nicht für eine Klasse von Personen einen Ausnahmestand schaffen. Redner erklärt sich deshalb gegen die Anträge Hoesfeld, Eberty und Strombeck und auch gegen den Antrag Giese, weil die Entscheidung nicht in die Hand der oberen Verwaltungsbehörden gehöre. In dem Antrage Virchow liege überdies der Widerspruch, daß er in vielen Fällen dringender Gefahr, also bei ganz schwerer Krankheit, die Hinzuziehung eines Nichtarztes zulassen wolle, es aber bei leichten Erkrankungen verbiete. Abg. Dr. Buhl (nl.) wendet sich gegen den Antrag Auer, wünscht aber Klarheit darüber, ob der Sonntag mitzurechnen sei in die drei Tage. Was die Aerztefrage anbetrifft, so erklärt sich Redner für diejenigen Anträge, welche das Prinzip der Behandlung durch einen approbirten Arzt aussprechen. Auf den Falligen bestche wohl kaum eine Krankenkasse, weshalb dort diese Frage gar nicht in Betracht komme. Wenn aber wirklich solche Kassen dort vorhanden seien, so komme der Antrag Giese den Bedürfnissen genügend entgegen. Die Vertheidiger der approbirten Aerzte und die letzteren selber würden nichts dagegen haben, daß ein Zahn durch einen Heilgehilfen ausgezogen, daß im Bedarfsfalle eine Massagebehandlung durch einen Wasseur ausgeübt werde. Aber die eigentliche Heilbehandlung müsse den approbirten Aerzten allein zugestanden werden. Vielleicht werde sich bis zur dritten Lesung eine bessere Fassung des Paragraphen finden lassen. In jedem Falle aber sei der Grundsatz der Behandlung durch einen approbirten Arzt aufrecht zu erhalten, ein Grundsatz, der ja auch in der gegenwärtigen Fassung des § 6 enthalten sei. Abg. W. W. (S.) hat inzwischen ein Amendement zu dem Antrage Giese eingebracht, nach welchem die Entscheidung der Verwaltungsbehörde über das Vorhandensein von Voraussetzungen zur Zulassung von Nichtärzten nur im Besondere Falle eingeholt werden solle. Abg. von Strombeck (Tr.) empfiehlt seinen Antrag, welcher dem Standpunkte des Abg. Virchow Rechnung trage, aber auch die geteilt vom Staatssekretär von Bötticher vorgebrachten Bedenken berücksichtige. Der Antrag Giese erschöpfe die Ausnahmefälle nicht, deshalb sei sein Antrag ihm vorzuziehen. Abg. Dr. Giese (S.) giebt zu, daß sein Antrag noch verbesserungsfähig sei und behält sich für die dritte Lesung noch eine Aenderung derselben vor. Es komme ihm aber darauf an, das Prinzip auszuspochen, daß nur approbirt Aerzte Kassennärzte werden sollen, und die Ausnahmefälle fest zu begrenzen. Man

müsse es verhüten, daß diese Ausnahmen die Regel würden, was bei einer Schwärmerci eines Kassenvorstandes für die Naturheilkunde sehr leicht möglich sei. Abg. W. W. (S.) ist mit den Ausführungen des Redners einverstanden, hält aber ein Einschreiten der höheren Verwaltungsbehörden für ausreichend, wo wirklich Kurpfuscher von den Kassenvorständen zugelassen würden, und in diesem Falle werde man ja Beschränkungen erheben können. Abg. Spahn (Tr.) tritt für die Kommissionsfassung ein. Das Bedürfnis nach einer Aenderung des Gesetzes müsse er bestreiten. Vereinzelt Vorkommnisse dürften nicht zu einer solchen Aenderung verleiten. Die im Gesetze ausgesprochene „ärztliche Behandlung“ könne gar nicht anders gemeint sein, denn als die Behandlung durch einen staatlich approbirten Arzt. Ein Streitpunkt liege also gar nicht vor, ebensowenig das Bedürfnis einer Aenderung, da bisher nur verschwindende Ausnahmen bekannt seien. — Der sozialdemokratische Antrag sei aus finanziellen Gründen abzulehnen. Abg. Schmidt (Sachsen S.-D.) wendet sich gegen den Antrag Giese. Dieser würde die Behandlung durch einen Naturarzt, der meist eine Prüfung, wenn auch nicht eine staatliche, bestanden habe, ausschließen. Man dürfe die Naturheilkunde mit der Kurpfuscherei nicht in einen Topf werfen. Früher habe man ja auch die Homöopathie verworfen, für welche jetzt viele staatlich geprüfte Aerzte eintreten. Arzt Dr. Reich habe in einer Broschüre mit Bezug auf die allopathische Behandlung gesagt, es würde viel besser um die Menschheit stehen, wenn es keinen Arzt und keinen Apotheker gäbe (Heiterkeit). Die Verschwendung von Arzneien sei ein Hauptschaden unserer ärztlichen Behandlungsweise. Auch die Naturheilkunde sei eine Wissenschaft, trotzdem werde sie von der gesammten Allopathie als Kurpfuscherei behandelt. Die approbirten Aerzte in Leipzig z. B. hätten es abgelehnt, mit Aerzten aus der weltberühmten Chemnitzer Anstalt für Naturheilkunde zusammen in der Leipziger Ortskrankenkasse thätig zu sein. Man habe sogar die Naturheilkunde, um sie zu diskreditiren, zu einer sozialdemokratischen Einrichtung gestempelt. Diesen Bestrebungen dürfe man nicht durch eine Aenderung der Gesetzgebung Recht geben. Das angeblid beledigte Standesinteresse der Aerzte dürfe hier nicht maßgebend sein. Abg. Eberty (S.) spricht sich zunächst für die dreitägige Carenzzeit aus, deren Nothwendigkeit bereits 1883 genügend beleuchtet worden sei. Bezüglich der Aerztefrage sei es nicht zweifelhaft, daß der Gesetzgeber nur die Behandlung durch einen approbirten Arzt im Auge gehabt habe. Der Arzt hat ein Amt auszustellen, welches eine Urkunde darstelle, auf Grund deren den Kassen öffentlich-rechtliche Verpflichtungen auferlegt würden. Im Jahre 1889 sind auf Grund dieser Urkunden 21 Millionen Mark, ebensowohl für freie ärztliche Behandlung ausgegeben worden. Es handelt sich hier um öffentlich-rechtliche Funktionen, und diese müssen von denen ausgeübt werden, die der Gesetzgeber im Auge gehabt hat, d. h. demjenigen, der nach der Gewerbeordnung zugelassen ist auf Grund des Nachweises seiner Befähigung. Die angeführten Ausnahmefälle sind in dem Antrage Eberty-Virchow einerseits berücksichtigt, andererseits aber diesen Ausnahmefälle keinen Anlaß zu gesetzlichen Vorkehrungen geben. Die Achtung vor der Wissenschaft erfordert, daß nur den staatlich approbirten Aerzten das Recht der Behandlung zugestanden werde, und gerade die letzte Rede des sozialdemokratischen Abgeordneten hat mich in meiner Ansicht bekräftigt. Dieses Gesetz ist gerade der richtige Ort dazu, die Frage der Naturärzte zu erörtern. Es ist eine Forderung der Gerechtigkeit und der Wissenschaft, daß man den approbirten Aerzten allein das Gebiet überläßt, dessen Beherrschung sie sich durch jahrelanges Studium und durch die Mühen einer Staatsprüfung angeeignet haben. Dabei handelt es sich keineswegs um die Wahrnehmung ärztlicher Standesinteressen, vielmehr hat der Reichstag im Interesse der Versicherten selbst die Pflicht, diese Leute nicht gewissen Liebhabereien und dem Uberglauben von Kassenvorständen preiszugeben. Ich bitte sie also, unseren Antrag anzunehmen. Im Falle seiner Ablehnung werden wir event. für den Antrag Giese stimmen, aber in jedem Falle muß im Gesetze ausdrücklich hervorgehoben werden, daß unter ärztlicher Behandlung nur diejenige seitens eines approbirten Arztes gemeint sei, damit endlich der jetzigen Verwirrung ein Ende gemacht werde. Abg. Dr. Virchow (S.): Wenn Abg. Schmidt sich auf die homöopathischen Aerzte beruft, die nach Vollendung ihres medizinischen Studiums Homöopathen geworden seien, so darf er daraus noch nicht schließen, daß die medizinische Heilmethode schlecht ist; eher muß man daraus schließen, daß diese Personen nicht so sehr aus Ueberzeugung als aus praktischen Gründen Homöopathen geworden sind. Es wäre sonderbar, wenn eine deutsche Regierung einen Lehrstuhl für eine Naturheilkunde errichten wollte. Es giebt überhaupt keine Lehrstühle für eine einzelne Methode der Behandlung, sondern nur allgemein wissenschaftliche Lehrstühle, auf denen nicht nach einer bestimmten vorgeschriebenen Methode, sondern nach freier Ueberzeugung des Lehrers gewirkt wird. Das Amendement Giese genügt mir nicht, weil es ganz im Dunkeln läßt, an wen man sich wenden soll. Es heißt da nur: andere Personen. Das ist überhaupt kein Aushilfsmittel; es kommt doch in erster Linie darauf an, die Kassenvorstände zu instruiren, und ich habe in meinem Antrage die Personen bezeichnet, welche nächst einem Arzt das größte Maß persönlicher Erfahrung haben, die wenigstens etwas von der Medizin, namentlich von der Chirurgie, verstehen. Ein Amendement, welches den jetzigen Zustand sanktionirt, können wir nicht annehmen; da wäre es besser, einfach es so zu lassen, wie es jetzt ist, und abzuwarten, ob nicht die Regierung aus der Praxis heraus sich veranlassen sehen wird, ihre Behörden anzuweisen, streng gegen die Zulassung von Kurpfuschern vorzugehen (Beifall). Staatssekretär v. Boetticher. Bei einer Korrektur des Krankenversicherungsgesetzes dürfen wir doch niemals vergeßen, daß dieses Gesetz zu Gunsten der Arbeiterklasse erlassen worden sei. Von den sozialpolitischen Gesetzen wird keines in seiner wohltätigen Wirkung von den Arbeitern so sehr anerkannt wie das Krankenversicherungsgesetz. Die Interessen des ärztlichen Standes dürfen

aber in diesem Gesetze nicht in den Vordergrund gestellt werden. Es ist auch nicht wahr, daß der § 6, wie er vorliegt und gehandhabt wird, dem ärztlichen Stande Nachteile zugefügt hat. Die ärztliche Behandlung ist ja nach den verschiedenen Verhältnissen eine verschiedene, denn es giebt eine ganze Anzahl von Operationen, zu denen die Hinzuziehung eines Arztes nicht nöthig ist, z. B. das Schröpfen oder Egelseben. In dieser Beziehung müßte der Antrag Giese eine Korrektur erfahren. Dazu kommt, daß in einem Theile des Reiches die Erfüllung der Forderung der Herren Hoesfeld oder Virchow unausführbar ist. Wenn der Kreis Gumb. oder Zandern die Ausdehnung der Krankenversicherung auf die landwirthschaftlichen Arbeiter beschließt, so wird diese Forderung sofort illusorisch. Soll man einem Geistlichen, oder Schulmeister, der einige Erfahrung in der Heilkunde hat, im Falle des Mangels an approbirten Aerzten, es verfallen, dem Erkrankten Hilfe zu bringen? In Ostpreußen giebt es Gegenden, in denen auf 15 000 Einwohner erst ein Arzt kommt. Die Zahl der Aerzte auf dem Lande nimmt ab, während die Zahl derselben in den Städten zunimmt. Darum bitte ich, es bei dem jetzigen Zustande zu belassen. Nehmen Sie das Gesetz das Prinzip der ärztlichen Behandlung nur durch approbirten Arzt auf, so schädigen Sie in einem Theile des Reiches lediglid die Patienten, ohne den Aerzten zu nützen. Abg. Dr. Endemann (nl.) spricht sich für das Prinzip der Behandlung durch approbirt Aerzte aus. Der „kluge Mann“ oder die „kluge Frau“ schade in den meisten Fällen den Kranken. — Der sozialdemokratische Redner habe auf die im Auslande approbirten Aerzte hingewiesen. Nun, wenn diese an Kenntnissen den deutschen Aerzten nicht nachzustehen glauben, so stehe es ihnen ja frei, sich die Qualifikation in Deutschland zu erwerben. Redner empfiehlt den Antrag Virchow, der nicht die Interessen der Aerzte, sondern vielmehr der Kassen wahrnehme, da die letzteren die Aerzte in höherem Grade brauchen als umgekehrt. Die Abg. Dr. Hoesfeld, v. Strombeck, W. W. ziehen ihre Anträge zurück. Der Antrag Giese wird gegen die Stimmen eines Theils der Konservativen, Freisinnigen, Nationalliberalen und sämtlicher Sozialdemokraten abgelehnt, ebenso der Antrag Eberty-Virchow gegen einen Theil der Nationalliberalen und Freisinnigen; desgleichen der Antrag Auer gegen die Stimmen der Sozialdemokratie. § 6 wird sodann in der Kommissionsfassung angenommen. § 6a. (ortsstatutarische Ausnahme von der Unterstützungs-gewährung) enthält eine Bestimmung, daß einer Person, die im Laufe eines Jahres für 13 Wochen Krankenunterstützung erhalten hat, im Laufe des nächsten Jahres bei einer durch dieselbe Ursache entstandenen Krankheit auch nur für die Gesamtdauer von 13 Wochen Unterstützung zu gewähren ist, daß aber diese Unterstützung schon vor dem Tage des Eintritts der Erwerbsunfähigkeit ab und für Sonn- und Feiertage zu erfolgen hat. Die Kommission schlägt dazu Zufüge vor, nach welchen gegen entsprechende Beiträge auch den Familienangehörigen der Versicherten die Einbeziehung in die Krankenbehandlung zugestanden werden kann, sowie für die gesammte ärztliche Behandlung die Bestellung besonderer Kassennärzte, Apotheken, Krankenhäuser erfolgen kann mit Ausschluß der Honorierung aller Hilfeleistungen seitens anderer Personen und Institute als von der Kasse bestellten. Ein Antrag Auer will in § 6a den Ausschluß der Unterstützung bei Krankheiten, welche durch schuldhafte Beteiligung bei Schlägereien, durch Trunkfälligkeit oder geschlechtliche Ausschweifungen entstanden sind, streichen. Abg. Dr. Hirsch (S.) beantragt die Bestimmungen über die ortsstatutarische Zulassung der Familienangehörigen und die Ausschließung der freien Arztwahl usw. zu streichen. Ein zweiter Antrag Auer stimmt mit dem letzten Theil des Antrages Hirsch überein. Ein Antrag Dieben will die Bestimmung streichen, wonach die Nichtbefolgung der ortsstatutarischen Vorschriften über das Verhalten während der Krankheiten den Verlust der Unterstützung nach sich ziehen kann. Abg. v. Strombeck beantragt den Ausschluß derjenigen Personen von der Krankenunterstützung, welche durch „strafbare Handlungen“ die Kassen geschädigt haben, während die Vorlage nur die Schädigung durch „Betrug“ zur Voraussetzung des Ausschlusses macht. Abg. Babel (S.-D.) hält es für den Zweck des Gesetzes, die Kranken so rasch als möglich zu heilen und sie während ihrer Krankheit zu unterstützen ohne Rücksicht auf die Ursache derselben. In vielen Fällen wäre die Kasse nicht in der Lage, die Gewährung der Unterstützung von dem Ausfall der Untersuchung über die Ursache einer Krankheit abhängig zu machen, da diese oft erst erfolge, wenn die Krankheit schon geheilt sei. Oft lasse es sich auch gar nicht erweisen, ob Jemand durch eigenes Verschulden z. B. in eine Schlägerei verwickelt gewesen sei. Im Falle ein Arbeiter in das delirium tremens verfallt, dürfe man doch seine arme Familie nicht darben lassen. Für besonders bedenklich hält Redner die Verweigerung der Unterstützung bei geschlechtlichen Krankheiten, da dann die Krankheit möglichst verheimlicht und dann erst gefährlich werden würde. Entschieden erklärt sich Redner auch gegen Beschränkung der freien Arztwahl. Die Arztwahl müsse überhaupt freigegeben werden; auch die Kassen dürften keinen Zwang auf ihre Mitglieder ausüben. Denn die Kassennarztsstelle werde meistens einfach ausgeschrieben und das Submissionsverfahren zeige hier seine schlimmsten Folgen. Für ein Lumpengeld behandelten da die Aerzte ihre Kassenkranken, ohne bei der großen Zahl derselben die Möglichkeit zu haben, irgendwie gewissenhaft zu sein. In vielen Fällen spiele bei Wahl der Kassennärzte auch der Nepotismus eine hervorragende Rolle. Dieses System laufe dem Zweck des Gesetzes durchaus zuwider und schaffe einen horrenden Zustand, den sich keine andere Gesellschaftsklasse gefallen lassen würde. Noch schlimmer sei es, wenn die Gemeindebehörden die Kassennärzte zu bestimmen hätten. In Nürnberg habe man sogar alle Aerzte ausgeschlossen, die nicht den

bezirksärztlichen Verein angehört. Ebenso wurde der Ausbeutung durch die Apotheker durch die Bestimmung des § 6a Vorschub geleitet, da diese keine Konkurrenz mehr zu fürchten hätten. Dadurch würde der Korruption Thor und Thür geöffnet. § 6a nehme den Mitgliedern der Krankenkassen die Möglichkeit, sich in besonders wichtigen Fällen an einen Spezialarzt zu wenden.

Abg. v. Strombeck (Str.) verteidigt seinen Antrag, da kein Grund vorhanden sei, warum nur Schädigungen der Kasse infolge eines Betruges die Entziehung der Unterstützung nach sich ziehen sollten. Alle bewußt strafbaren Handlungen müßten doch diese Strafe nach sich ziehen. Redner vermißt sodann eine Erläuterung des Begriffes „Familienangehörigen“.

Abg. Dr. Hirsch (Hr.) giebt zu, daß der Ausschluß derjenigen, welche durch Vorfall oder Unfittlichkeit ihre Krankheit verschuldet haben, von der Kassenbehandlung für diese einen Nachtheil bedeute, aber höher als das individuelle Interesse dieser Personen stehe das ethische Interesse der Kassen. Dieses aber verbiete eine Hilfe an diejenigen Personen, welche durch Unfittlichkeit sich eine Krankheit zuziehen. Redner zieht darauf seinen Antrag, soweit derselbe sich auf den Ausschluß der Familienangehörigen bezieht, mit Rücksicht auf seine Ausfichtlosigkeit zurück, hält ihn aber aufrecht, soweit derselbe die freie Arztwahl verlangt. Bei der ärztlichen Behandlung spielen das Vertrauen des Patienten zu dem Arzte eine Hauptrolle, und da es ein Naturrecht eines jeden Menschen sei, zur Fürsorge für Gesundheit und Leben den Mann seines Vertrauens zu wählen, sei er gegen jedes Monopol auf diesem Gebiete. Was würden die reichen Leute sagen, wenn man ihnen vorschreiben wollte, von welchen Ärzten sie sich behandeln lassen sollen, indem man ihnen die Behandlung seitens ihrer bewährten Hausärzte gesetzlich entzieht. Ein solches Privileg sei nicht zulässig. Die Arbeiter wechseln oft mit ihren Arbeiten und würden dadurch bald Mitglieder dieser, bald jener Kasse, was einen Wechsel des Arztes bedinge. Ein gewisses dauerndes Verhältnis zwischen Patient und Arzt sei notwendig für eine erfolgreiche Behandlung. Durch das obligatorische Kassenarzttwesen werden tüchtige Ärzte geschädigt, während einem Theile der Ärzte direkt ein Monopol eingeräumt wird. Wer die Herabdrückung der Ärzte zu Proletariern verhindern will, muß gegen den Kassenarzttzwang stimmen.

Dieses System schädigt auch die Kassenärzte selber, die in Folge der Pauschalhonorierung nur sehr gering für ihre Leistungen bezahlt werden. Dadurch wird auch die Würde des ärztlichen Standes herabgedrückt. Das Kassenarzttum schädigt zugleich die moralische Würde der Ärzte. Es ist Thatsache, daß die jungen Ärzte zu den für die Vergütung von Kassenarztstellen maßgebenden Personen in ein gewisses freundliches Verhältnis zu treten suchen, das der Würde des Arztes nicht entspricht. Man muß also dem entgegenzutreten, daß den Kassen durch Gesetz selber ein Anreiz gegeben wird, solche Kassenarztstellen zu schaffen. Die freie ärztliche Behandlung ist auch für den Kranken viel vorteilhafter als die durch bestimmte Kassenärzte. In ärztlichen Kreisen macht sich jetzt auch eine lebhaftere Bewegung gegen dieses Zwangssystem geltend, und wer es wohl meint mit den Ärzten und mit den Arbeitern, der muß sich dieser Bewegung anschließen.

Redner befürwortet schließlich den Antrag, welcher sich gegen die Entziehung des Krankengeldes bei Nichterhaltung der im Ortsstatut über das Verhalten während der Krankheit erlassenen Vorschriften wendet. Diese Strafe sei doch zu hart.

Abg. Rath v. Hermann (Hr.) (auf der Tribüne schwer verständlich) bekämpft den Antrag Strombeck, da sonst jeder wegen des geringfügigen Vergehens von den Wohlthaten des Gesetzes ausgeschlossen werden könnte. Redner bittet, an der Kommissionsvorlage festzuhalten. Die freie Arztwahl habe in der Theorie sehr viel Besprechendes; aber in der Praxis würde von einer solchen doch kaum die Rede sein.

Abg. Spahn (Sp.) ist ebenfalls gegen den Antrag Strombeck, welcher viel zu weit gehe. Ebenso wendet er sich gegen die Anträge Auer und Hirsch. Die Gemeindefassen müßten das Recht haben, die Empfänger ihrer Leistungen selbst zu bestimmen. Die Befürchtung des Nepotismus bei der Befugung der Kassenarztstellen habe er nicht.

Abg. Dr. Birchow (B.) tritt dem Abg. Bebel darin bei, daß bei geschlechtlichen Krankheiten die Unterstützung nicht verweigert werden dürfe. Es komme hier vor Allem darauf an, die Krankheit möglichst früh zu behandeln; alle moralischen Rücksichten müßten dagegen zurücktreten. Redner erklärt sich ebenfalls entschieden gegen die Beschränkung der Arztwahl, wenn er auch die vollkommen freie Arztwahl als eine Utopie bezeichnen müsse. Es werde sich schließlich immer nur um solche Ärzte handeln können, die mit den Krankenkassen eine Art von Vertragsverhältnis einzugehen in der Lage seien. Ein Mehr mache die jetzige Organisation der Krankenkassen leider unmöglich.

Abg. Bebel (B.) erkennt an, daß die freie Arztwahl nur in den Städten eine Bedeutung habe, aber diese umfassen ja auch die meisten Versicherten. Gegen die Nichtberücksichtigung der durch geschlechtliche Ausschweifungen entstehenden Krankheiten führt Redner an, daß man doch nicht den Offizieren, welche an geschlechtlichen Krankheiten leiden, ihr Einkommen und ihre Stellung, oder denjenigen, welche durch ein Duell erwerbsunfähig geworden seien, die Pension entziehe.

Nach unerheblicher weiterer Debatte wird § 6a mit dem Antrage Dieben unter Ablehnung der übrigen Anträge angenommen.

Darauf vertagt das Haus die weitere Berathung auf Montag 1 Uhr.
Schluß 5¹/₂ Uhr.

Deutschland.

□ Berlin, 22. Nov. In Regierungskreisen werden die Anträge zur Einschränkung des unsoliden Börsenspiels sehr kaltblütig beurtheilt. Im Bundesrathe findet man, daß die Konservativen und das Zentrum es sich sträflich bequem gemacht haben, als sie der Regierung die Verantwortung für die Ausarbeitung von Bestimmungen überließen, die in dem betreffenden Antrage nur in nebelhafter Allgemeinheit erscheinen. Dieser Antrag ist schließlich nichts Anderes als einer jener formlosen Entrüstungsrufe, wie wir sie in den letzten Wochen zu Hunderten gehört haben. Der Gesetzgeber kann damit gar nichts anfangen. Anders steht es mit der Forderung des nationalliberalen Antrages, Bankiers, die Depots veruntreuen, mit Zuchthaus zu bestrafen. Hier ist doch wenigstens ein bestimmtes Gebiet, auf dem sich die schwersten Schäden herausgestellt haben, bestimmt und scharf in Angriff genommen worden. Die Einwendungen, die von verschiedenen Seiten gegen den nationalliberalen Antrag kommen, haben ihre Berechtigung in dem Sinne, daß auch eine solche Bestimmung die Auswüchse des Börsentreibens nicht wird verhindern können. Das ist richtig, und wahrscheinlich glauben die Antragsteller selber nicht daran, daß ihre Forderung ein Heilmittel gegen Schäden sei, die bis in die Wurzel unserer Wirtschaftszustände hinabreichen. Die Regierung läßt durch ihre Offiziosen erklären, daß sie im Grunde

derselben Meinung ist. Der Hinweis auf die Selbsthilfe des Publikums, auf die Selbsterziehung der Bevölkerung lehrt in diesen offiziosen Auslassungen mit starkem Nachdruck wieder. Etwas Anderes und Besseres läßt sich den hervorgetretenen Schäden gegenüber auch wirklich beim besten Willen nicht sagen. Man kann die Börsen nicht schließen, denn sie sind notwendig und nützlich. Man kann nicht hinter jeden Banquier einen Kriminalschutzmann stellen, der ihn auf Tritt und Schritt verfolgt und jeden Abend seinen Geldschrank und seine Bücher visitirt. Man kann dem Einzelnen kleine Bürgschaften für sorgfältigere Geschäftsführung schaffen, aber man muß am letzten Ende das Wichtigste und Nützlichste immer wieder dem Publikum überlassen. Der Ruf nach dem Strafrichter ist jetzt förmlich Mode geworden. Ueberall sollen Staatsanwälte und Fünfmännergerichte, wohl gar Schwurgerichte, helfen und heilen. Wenn es sich nur um die objektive Betrachtung solcher Zeiterscheinungen handelt, dann könnte man sich an den reizvollen Eindrücken genügen lassen, die die Beobachtung derartiger herrschender Instinkte immer gewährt. Aber wir haben es ja nicht mit akademischen Experimenten zu thun, sondern die Wirkungen des starken Sittlichkeitsdranges, der gegenwärtig Befriedigung verlangt, werden sich auf das unmittelbarste praktische Leben erstrecken. Die guten Seiten dieser Wirkungen werden wir mit Freuden begrüßen, indessen das Schlimme ist, daß das Gute und das Ueble fließende Grenzen haben, und daß die Gesetzgebung auch mit dem besten Willen, neue Gefahren, neue Uebel herbeiführen könnte, während sie sie fernhalten will.

— Zur Finanzlage erfährt die „Voss. Ztg.“, wie telegraphisch schon gemeldet, von maßgebender Seite, die Annahme, daß bereits im Frühjahr nächsten Jahres Preußen und das Reich zu neuen Anleihen schreiten würden, sei falsch. Der preussische Staat habe für 1892 voraussichtlich, wenn nicht besondere Umstände eintreten sollten, keinen Bedarf an neuen Anleihen. Es seien aus den bereits flüssig gemachten Krediten noch genügende Beträge für die Gelddürfnisse Preußens zur Verfügung. Keinesfalls dürste aber, falls die Einnahmen sich nicht in der vorhergesehenen Weise entwickeln sollten, vor dem Herbst nächsten Jahres eine Neu-Emission erfolgen. Die Verhältnisse des Reiches seien ganz gleiche.

— Der „Reichsanzeiger“ veröffentlicht den Ministerialerlaß, welcher das Vorsteheramt der Kaufmannschaft in Königsberg abschlägig bescheidet auf den Antrag, größeren Geschäftshäusern die Frist zur Einreichung der Steuererklärungen auf Antrag bis zum 1. März 1892 zu verlängern. Den Aktiengesellschaften sei eine Fristverlängerung bis zum 1. März 1892 mit Rücksicht auf ihre besonderen Verhältnisse und die notwendige Beschlußfassung der Generalversammlung zugestanden worden. Darüber hinaus aber könnten Sonderbestimmungen nicht getroffen werden, zumal es an einem sicheren Merkmal zur Unterscheidung zwischen Gewerbetreibenden mit größerem und solchen mit geringerem Geschäftsumfange fehlt. Sollten indes andere Steuerpflichtige, insbesondere Theilhaber von Handelsgesellschaften bei dem Umfange ihres Geschäftsbetriebes nicht in der Lage sein, bis zum Ablauf der allgemeinen Steuererklärungsfrist einen als Grundlage für die Steuererklärung brauchbaren Abschluß für das Geschäftsjahr 1891 herzustellen, so seien die Vorstehenden der Veranlagungskommission bereits allgemein ermächtigt, auf hinreichend begründeten Antrag eines Steuerpflichtigen die Frist zur Steuererklärung angemessen zu verlängern.

— Der Zusammenstoß, bei dem der Reichskommissar v. Gravenreuth getödtet wurde, ist nach der „Nat. Ztg.“ bei einem Zuge gegen den Stamm der Bakwiri bei Buea am Südwestabhange der Kamerunberge erfolgt. Der Expedition gehörten noch drei Offiziere, drei Unteroffiziere, ein Arzt und ein Büchsenmacher an.

— Nachdem die letzten Afrika-Lose durch Privathändler soeben vertrieben worden sind, publizirt, wie schon in Kürze mitgeteilt, die „Preussische Gesellsch.“ das schon am 18. August unterzeichnete Gesetz betreffend das Verbot des Privathandels mit Staatslotterielose. Dieses aus der Initiative der Konservativen des Abgeordnetenhauses hervorgegangene Gesetz bedroht bekanntlich denjenigen mit Geldstrafe von 100 bis 500 Mk., wer ohne staatliche Ermächtigung gewerbsmäßig Lose oder Looseabschnitte der königlich preussischen Staatslotterie, oder Urkunden, durch welche Antheile an solchen Loosen oder Looseabschnitten zum Eigentum oder zum Gewinnbezug übertragen werden, feilbietet oder veräußert oder zeitweise an einen Anderen überläßt. Dasselbe Strafe trifft denjenigen, welcher ein solches Geschäft als Mittelsperson befördert.

— Der verstorbene Abg. Windhorst, so erzählt die „Germania“, wußte schon, als er die Zusammenkunft mit Bismarck hatte, daß zwischen diesem und dem Kaiser sich schon seit dem Sommer 1889 Schwierigkeiten ergeben und sich allmählich, im Januar 1890 ja auch schon äußerlich sichtbar, verschärft hatten, er wußte allmählich auch die Gründe der Meinungen, daß „vielleicht der Kaiser und Fürst Bismarck nicht mehr lange mit einander fertig würden.“ Windhorst dachte damals nur noch nicht an einen so raschen Sturz des Fürsten Bismarck.

München, 21. Nov. Der Finanzausschuß der Kammer der Abgeordneten überwies in seiner gestrigen Sitzung die die Regulierung des Mainstromes betreffenden Petitionen der Regierung zur Kenntnissnahme. Der Minister des Innern erklärte, er halte an der Nothwendigkeit fest, in Würzburg einen Floßhafen anzulegen. Für die 121 Kilometer umfassende Strecke der oberen Donau-Korrektion seien seit dem Jahre 1818 bis jetzt 5 800 000 Mark verauslagt. Die vorgebrachten Beschwerden seien in hohem Maße übertrieben.

Rußland und Polen.

* Petersburg, 21. Nov. Eine Mittheilung des „Regierungsboten“ bejaht: Die Getreidevorräthe, welche nach dem erlassenen Ausfuhrverbote in Rußland verbleiben, genügen, um die Bedürfnisse der Bevölkerung bis zur künftigen Ernte zu befriedigen. Da die Bevölkerung der adreantretenden Gouvernements aber vom Verkauf des Getreides lebe und davon auch Steuern zahle, sei die Lage derselben in dieser Hinsicht gegenwärtig besonders schwierig, und, um ihr zu helfen, seien gegen 60 Millionen Rubel aus dem freien Baarbeständen des Reichsschatzes angewiesen worden. In Folge der günstigen Realisirung des Reichsbudgets in den letzten drei Jahren hätten diese Baarbestände die beträchtliche Höhe von 220 Millionen erreicht; dieselben reichten daher vollständig gleichwie zur Deckung der obengenannten Bewilligung so auch für die außerordentlichen, aus derselben Quelle zu entnehmenden Ausgaben, welche im Reichsbudget pro 1891 vorgesehen seien, sowie ferner für die in diesem Jahre vorzunehmende vorzeitige Tilgung von Reichsschulden. Nach der Beitreibung

sämtlicher erwähnten Ausgaben müsse sich von den Baarbeständen des Reichsschatzes noch ein nicht unbedeutender Rest für die Erfordernisse des künftigen Jahres erübrigen lassen, wozu sich ferner der Erlös der neuesten dreiprozentigen Anleihe — seiner Bestimmung gemäß verwendet — geellen werde. Freilich ließen die Reichseinnahmen in diesem Jahre weniger befriedigend als im Vorjahre ein, allein, da die Voranschläge vorsichtig, d. h. um 43 Millionen niedriger als 1890 aufgestellt seien, dürfte der Ausfall keinen wesentlichen Einfluß auf das Gleichgewicht des Budgets ausüben. Die diesjährige Witterung werde auch die internationale Handelsbilanz Rußlands treffen. Dafür sei aber dieselbe in den letzten Jahren besonders günstig gewesen; immerhin werde die Einfuhr selbst jetzt die Ausfuhr nicht übersteigen, weshalb die internationalen Handelsbeziehungen Rußlands keinen Goldankauf im Auslande bedingen würden. Wohl könne ein solcher Goldankauf durch ein Zurückströmen der russischen Fonds nach Rußland oder durch Zahlungen im Auslande für die russische Schuld und für Verpflichtungen hervorgerufen werden; dies habe aber kaum etwas zu bedeuten. Rußland habe direkte Quellen, woraus das Gold fließe; dieselben reichen vollkommen zur Deckung von Schulden und Zahlungen aus. Außerdem sei in den letzten guten Jahren eine besondere Aufmerksamkeit der Bildung der russischen Goldreserve zugewandt worden; letztere betrage gegenwärtig im Reichsschatze 86¹/₂ Millionen und in der Reichsbank gegen 120 Millionen abgesehen von 75 Millionen Gold, welche die jüngst zeitweilig herausgegebenen Kreditbills sicherstellen, ferner nicht mitgerechnet den Erlös der neuesten dreiprozentigen Goldanleihe sowie die 210 Millionen Gold betragenden Metallfonds der Reichsbank.

Brasilien.

* Der Pariser Korrespondent der „Voss. Ztg.“ hatte eine Unterredung mit dem brasilianischen Staatsrath Silveira Martins über die Ereignisse in Brasilien. Silveira Martins war früher brasilianischer Minister und zur Zeit der Empörung Gouverneur von Rio Grande do Sul und ist noch heute der einflussreichste Mann in diesem Staate. Silveira Martins erklärte, daß die Erhebung dieses Staates ihn durchaus nicht überrascht habe, daß sie vielmehr schon seit langer Zeit im Werke war und nur aufgeschoben wurde, weil ihre Leiter nur im äußersten Nothfalle gegen die tyrannische Regierung des Diktators Fonseca gewaltsam vorgehen wollten, da sie dadurch den Staat in schwere Gefahr stürzten. Der Staatsstreich habe den Anschlag gegeben, und obgleich die Regierung alle Telegramme unterdrücke, sei anzunehmen, daß die Bewegung gegen Fonseca große Fortschritte mache. Die Bewegung bezwecke keineswegs die Abtrennung vom Staatenbunde, sondern richte sich nur gegen die Gewalt Herrschaft Fonsecas; wenn andere Provinzen Rio Grande do Sul nachfolgten, sei der Sturz Fonsecas unvermeidlich, und nur wenn Rio Grande allein gelassen werde, entstehe die Gefahr der Ablösung vom Reiche. Rio Grande sei stark genug, ganz Brasilien die Spitze zu bieten, doch sei Fonseca gar nicht im Stande, eine größere Truppenmacht zu schicken, da er keine Soldaten zu seiner eigenen Sicherstellung in Rio de Janeiro nötig habe. Völlig unzutreffend sei es die Deutschen als Anstifter der Bewegung hinzustellen. Die Deutschen besäßen in Rio Grande do Sul zwar großen und berechtigten Einfluß, wüßten aber nichts anderes, als ruhig zu leben und nicht von Steuern erdrückt zu werden. Falls Rio Grande angegriffen werde, würden sich die Deutschen allerdings wie ein Mann gegen die Angreifer erheben. Die Deutschen hätten ihn, Martins, stets als ihren Führer betrachtet, und er wisse, welches Gewicht diese friedlichen, aber militärisch veranlagten Kolonisten im Kriegsfall in die Waagschale werfen würden. Die Frage, ob die Monarchie herzustellen oder die Republik zu erhalten sei, liege augenblicklich noch im Hintergrunde. Eine friedliche Einigung sei heute noch möglich, und er, Martins, sei jederzeit im Stande, eine solche erfolgreich zu vermitteln; doch bezweifle er, ob die heutige Regierung Einsicht genug habe, um die hierzu nötigen Zugeständnisse zu machen. Das Wahrscheinlichste sei der baldige Sturz Fonsecas. Silveira Martins reist mit der nächsten Dampfer-Gelegenheit nach Rio Grande do Sul.

Telegraphische Nachrichten.

Raumburg a. d. Saale, 21. Nov. Wie verlautet, soll heute früh 5 Uhr zwischen den Stationen Apolda und Sulza in dem von Halle abgegangenen Personenzuge eine Gasexplosion in dem Bahnpostwagen stattgefunden haben, infolgedessen der Postwagen verbrannt sei. Die Beamten sollen sich durch Hinausspringen gerettet, aber Brandwunden und sonstige Verletzungen erlitten haben. Der Betrieb war nach Verlauf einer Stunde wieder frei.

München, 21. Nov. Wie die „Allg. Ztg.“ meldet werden die Geheimräthe von Huber und Mosler morgen, die übrigen deutschen Delegirten am Montag München verlassen, um die Handelsvertragsverhandlungen mit der Schweiz wieder aufzunehmen.

München, 21. Nov. Die Kunstmaler Hoeder, Dürr und Herterich sind zu Professoren an der hiesigen Akademie ernannt worden.

Wien, 22. Nov. Die Trauung der Erzherzogin Louise von Toskana mit dem Prinzen Friedrich August von Sachsen fand gestern unter Entfaltung großer Pracht statt.

Paris, 22. Nov. In hiesigen diplomatischen Kreisen ist man der Ansicht, daß die Reise des russischen Ministers des Auswärtigen v. Giers hierher eine nothwendige Folge des Besuchs in Monza in erster Linie und ein bei der Annäherung Frankreichs und Rußlands keineswegs überraschender Höflichkeitssakt ist. Selbstverständlich dürften bei dieser Gelegenheit politische Fragen nicht unerörtert bleiben, insbesondere glaubt man, daß Herr v. Giers den Anlaß benutzen werde, um in Bezug auf Mißdeutungen und zu weit gehende Hoffnungen, welche das französisch-russische Einvernehmen in manchen französischen politischen Kreisen hervorgerufen habe, Aufklärung zu geben, daß er ferner den Wunsch hege, sich unmittelbar an berufener Stelle über die hiesige politische Situation und über die Verhältnisse des Geldmarktes Klarheit zu verschaffen. Im Ganzen legt man der Reise des Ministers hierher eine friedliche Bedeutung bei entsprechend der politischen Richtung und dem Charakter des russischen Staatsmannes.

Paris, 22. Nov. Die ägyptische Regierung hat die Pläne eines englischen Ingenieurs betreffend die Assanierung der Stadt Kairo angenommen. Demgegenüber verlangte die französische Regierung die Ausschreibung einer Konkurrenz für diesbezügliche Projekte, welche einer internationalen, aus einem Engländer, einem Deutschen und einem Franzosen bestehenden

Baumwolle. Ruhig. Upland middling, loco 41 1/2 Pf., Upland, Bafis middl., nichts unter low middl., auf Terminlieferung, Nov. 41 Pf., Dez. 41 1/2 Pf., Jan. 41 1/2 Pf., Febr. 42 Pf., März 42 1/2 Pf., April 42 1/2 Pf.

Schmalz. Fests. Wilcox 35 1/2 Pf., Armour 34 1/2 Pf., Rohe und Brother - Pf., Fatrbanks 32 1/2 Pf.

Hamburg, 21. Nov. Zudermarkt (Schlußbericht.) Rüben-Rohzucker I. Produkt Bafis 88 pCt. Rendement neue Usance, frei an Bord Hamburg p. Nov. 14,32 1/2, p. Dezbr. 14,35, p. März 14,65, p. Mai 14,80. Behauptet.

Hamburg, 21. Nov. Kaffee. (Nachmittagsbericht.) Good average Santos per Nov. 70 1/2, per Dez. 67, p. März 61 1/2, p. Mai 60. Behauptet.

Hamburg, 21. Nov. Getreidemarkt. Weizen loco ruhig, halbfest. loco neuer 218-225. Roggen loco fest, mecklenb. loco neuer 220-248, ruff. loco ruhig, neuer 192-198. - Hafer ruhig. - Gerste ruhig. - Rüböl (unbez.) fest, loco 63,00. - Spiritus ruhig, per Nov.-Dez. 43 Br., p. Dez.-Jan. 43 Br., p. Jan.-Febr. 43 Br., p. April-Mai 42 1/2 Br. - Kaffee fest. Umlag 1500 Sad. - Petroleum ruhig, Standard white loco 6,20 Br., p. Nov.-Dez. 6,15 Br. - Wetter: Bedeckt.

Paris, 21. Nov. Produktenmarkt. Weizen loco behauptet, per Frühjahr (1892) 11,40 Gd., 11,42 Br. Hafer p. Frühjahr (1892) 6,64 Gd., 6,66 Br. - Neu-Mais p. Mai-Juni 1892 6,19 Gd., 6,21 Br. Rohrzucker p. Aug.-Sept. 14,30 Gd., 14,40 Br. - Wetter: Trübe.

Paris, 21. Nov. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Weizen ruhig, p. Nov. 27,40, p. Dez. 27,60, p. Jan.-April 28,40, p. März-Juni 29,00. - Roggen ruhig, p. Nov. 22,40, p. März-Juni 23,90. - Weizen ruhig, p. Nov. 60,60, p. Dez. 60,90, p. Jan.-April 62,30, p. März-Juni 63,00. - Rüböl bez., p. Nov. 68,00, p. Dez. 68,50, p. Jan.-April 70,25, p. März-Juni 70,50. - Spiritus matt, p. Nov. 44,25, p. Dez. 44,25, p. Jan.-April 45,75, p. Mai-August 45,75. - Wetter: Milde.

Paris, 21. Nov. (Schlußbericht.) Rohzucker behauptet, 88 1/2 o/o 38 à 38,50. Weiser Zuder matt, Nr. 3, p. 100 Kilo p. Nov. 40,30, p. Dez. 40,50, p. Jan.-April 41,12 1/2, p. März-Juni 41,62 1/2.

Sabre, 21. Nov. (Telegr. der Hamb. Firma Wetmann, Ziegler u. Co.) Kaffee in Newyork schloß mit 20 Points Baiffe. Rio 9000 Sad, Santos 14000 Sad. Recettes für gestern.

Sabre, 21. Nov. (Telegr. der Hamb. Firma Wetmann, Ziegler u. Co.) Kaffee, good average Santos, p. Nov. 87,00, p. Dez. 83,50, p. März 77,75. Unregelmäßig.

Amsterdam, 21. Nov. Java-Kaffee good ordinary 54 1/2. Amsterdam, 20. Nov. Bancazinn 55 1/2.

Amsterdam, 21. Nov. Getreidemarkt. Weizen p. Nov. - p. März 277. Roggen p. März 265, p. Mai - p. Juni 277.

Antwerpen, 21. Nov. Petroleummarkt. (Schlußbericht.) Raffinirtes Type weiß loco 16 bez. und Br., p. Dez. 15 1/2 Br., p. Jan.-März 16 Br., p. Sept.-Dez. 16 1/2 Br. Stettin.

Antwerpen, 21. Nov. Getreidemarkt. Weizen ruhig. Roggen ruhig. Hafer behauptet. Gerste ruhig.

Antwerpen, 21. Nov. Wolle. (Telegr. der Herren Wilkens u. Comp.) Wolle. La Plata-Zug, Type B., per Dez. 4,30, per Mai 4,45 bez., enternete Termine 4,55 Verkäufer.

London, 20. Nov. Chitt-Kupfer 44 1/2, per 3 Monat 45 1/2. London, 21. Nov. 96 pCt. Savazuder loco 15 1/2 fest. - Rüböl-Rohzucker loco 14 1/2. Centrifugal Cuba - fest.

London, 21. Nov. Au der Rüste 3 Weizenladung angeboten. Wetter: Leichter Nebel.

Liverpool, 21. Nov. Baumwolle. (Anfangsbericht.) Muthmaßlicher Umsatz 8000 B. Stettin. Tagesimport 43000 B.

Liverpool, 21. Nov. Baumwolle. Umsatz 8000 B., davon für Speculation und Export 1000 B. Ruhig.

Middl. amerikan. Lieferungen: Nov.-Dez. 4 3/8 Käuferpreis, Dez.-Jan. 4 3/8 do., Jan.-Febr. 4 3/8 do., Febr.-März 4 1/2 do., März-April 4 3/8 do., April-Mai 4 1/2 Käuferpreis, Mai-Juni 4 3/8 do., Juni-Juli 4 1/2 do., Juli-August 4 3/8 do. do.

Newyork, 20. Nov. Baumwollen-Wochenbericht. Zufuhren in allen Unionshäfen 329 000 B. Ausfuhr nach Großbritannien 139 000 Ballen, Ausfuhr nach dem Continent 98 000 Ballen. Vorrath 1 176 000 Ballen.

Der Werth der in der vergangenen Woche eingeführten Waaren betrug 10 458 449 Dollars gegen 8 649 736 Dollars in der Vorwoche, davon für Stoffe 2 023 385 Dollars gegen 1 723 824 Dollars in der Vorwoche.

Newyork, 21. Nov. (Anfangsbericht.) Petroleum Pipe line certificates per Dez. - Weizen per Dezbr. 106 1/2.

Newyork, 21. Nov. Waarenbericht. Baumwolle in Newyork 8 1/2, do. in New-Orleans 7 1/2. Raff. Petroleum Standard white in Newyork 6,40 Gd., do. Standard white in Philadelphia 6,35 Gd. Rohes Petroleum in Newyork 5,50, do. Westline Certificates p. Dez. 58 1/2. Ziemlich fest. Schmalz loco 6,52, do. Rohe u. Brothers 6,95. Speck short clear Chicago 6,10, Pork Chicago p. Dez. 8,45. Zuder (Katz refining Muscovados) 3 1/2. Waits (New) p. Dez. 54 1/2, p. Jan. 54 1/2, p. Mai 52 1/2. Rother Winterweizen loco 107 1/2. - Kaffee Rio Nr. 7, 13 1/2. Wehl 4 D. 25 C. Getreidefracht 5 1/2. - Kupfer p. Dez. 11,15. Rother Weizen p. Nov. 105 1/2, p. Dez. 106 1/2, p. Jan. 108 1/2, p. Mai 111 1/2. Kaffee Nr. 7, low ordinar p. Dez. 11,97, p. Febr. 11,67.

Berlin, 23. Nov. Wetter: Trübe.

Newyork, 20. Nov. Winterweizen Rother p. Nov. 105 1/2 C., p. Dez. 106 1/2 C.

Berlin, 21. Nov. Die heutige Börse eröffnete in unentschiedener Haltung; die Kurse setzten auf spekulativem Gebiet theilweise schwächer, zum Theil aber auch fester ein, doch trat bald allgemein in Folge von Realisationen eine Abschwächung der Tendenz ein, obwohl die von den fremden Börsenplätzen vorliegenden Tendenzmeldungen ziemlich günstig lauteten; verstimmt wirkte namentlich die Nachricht, daß nun auch das Weizenausfuhrverbot in Rußland erlassen worden ist. Das Geschäft entwickelte sich im Allgemeinen ruhig, gewann aber bei Gelegenheit einiger Schwankungen in einigen Aktienwerthen größeren Belang.

Der Kapitalmarkt bewahrte recht feste Haltung für heimische solide Anlagen bei mäßigen Umläufen. Deutsche Reichsanleihen etwas besser; fremde festen Zins tragende Papiere waren zumeist gut behauptet; Staatsfonds und Renten, namentlich Russische Anleihen, Ungarische 4prozentige Goldrente und Italiener setzten fester ein, gaben aber schließlich etwas nach.

Der Privatdiskont wurde mit 3 1/2 Prozent notirt. Auf internationalem Gebiet erschienen Oesterreichische Creditaktien abgeschwächt; Franzosen und Lombarden nach festem Beginn abgeschwächt; Dux-Bodenbach matter; Schweizerische Bahnen ziemlich fest, Warchau-Wien und Russische Südwestbahn im Laufe des Verkehrs etwas nachgebend.

Inländische Eisenbahnaktien blieben ruhig; Mainz-Ludwigs-hafen und Lübeck-Büchen fest, Ostpreussischer Südbahn und Marienburg-Mlawka schwächer.

Bankaktien nützten in den spekulativen Devisen theilweise erheblich nachgeben, namentlich Berliner Handelsgesellschafts-Anteile. Industripapiere ziemlich fest aber sehr ruhig, Montanwerthe abgeschwächt.

Produkten-Börse.

Berlin, 21. Nov. Nachdem heute der Erlaß des russischen Weizenausfuhrverbots der bisherigen Unsicherheit ein Ende gemacht hat, zeigte unsere Getreidebörse zwar eine feste Haltung, aber die Preise für Weizen und Roggen notirten nur wenig höher als gestern, und der Umfang des Geschäftes war klein.

Später traten zahlreichere Kaufordres in den Markt, so daß sich die Tendenz ferner besiegte und beide Getreidearten 1/2 bis 1 1/2 M. über gestrigen Schlusswerth stiegen. Das Vorkommen von Safer ist im Zunehmen und das Angebot ziemlich dringend, so daß die nahen Sichten um 1/2-1 M. gedrückt wurden. Der Frühjahrstermin behauptete sich fest. Roggenmehl wurde zu

besseren Preisen etwas lebhafter umgeleitet. Rüböl sehr still und wenig verändert. Für Spiritus lagen heute bei den Kommissionären große Verkaufordres aus Schlefien vor, welche auf den Markt drückten, so daß die Preise 40 Pf. nachgaben.

Zum Schluss der Börse war die Haltung sehr fest, Weizen 2/2 M., Roggen 2 M. höher als gestern.

Weizen (mit Ausschluß von Kaufweizen) p. 1000 Kilo. loco still. Termine fest und höher. Gefündigt - loco. Ründigungspreis - M. loco 230-240 M. nach Qualität. Lieferungsqualität 236 M., p. diesen Monat - p. Nov.-Dez. und per Dez.-Jan. 233-235 bez., per April-Mai 233,5-235 bez.

Roggen per 1000 Kilo. loco fester. Termine höher. Gefündigt 200 loco. Ründigungspreis 241 M. loco 233-242 M. nach Qualität. Lieferungsqualität 239 M., inland. guter 239 bis 240 ab Bahn bez., p. diesen Monat - p. Nov.-Dez. 240,5-240 bis 242-241,75 bez., p. April-Mai 238,5-238-240 bez.

Gerste p. 1000 Kilo. loco. Große und kleine 162-210 M., Futtergerste 165-176 M. nach Qual.

Hafer p. 1000 Kilo. loco unverändert. Termine schließen unverändert. Gef. 300 loco. Ründigungspreis 168 M. loco 164 bis 184 M. nach Qualität. Lieferungsqualität 171 M. Komm., preuß., u. schlef. mittel bis guter 167-176, feiner 180-182 ab Bahn und frei Wagen bez., p. diesen Monat 168,75-167,5 bis 168,75 bez., p. Nov.-Dez. 168,5-167-168,25 bez., p. Dez.-Jan. 169,5-169-5 bez., p. April-Mai 176,5-177 bez.

Mais p. 1000 Kilo. loco matt. Termine still, Gefündigt - loco Ründigungspreis - M. loco 163-172 M. nach Qual., p. diesen Monat - M., p. Nov.-Dez. - bez., per April-Mai 136,5 M. bez.

Erbsen p. 1000 Kilo. Roßwaare 205-250 M., Futterwaare 185-198 M. nach Qualität.

Roggenmehl Nr. 0 und 1 per 100 Kilo brutto inkl. Sad. Termine höher. Gefündigt - loco. Ründigungspreis - M., p. diesen Monat 33-25 bez., p. Nov.-Dez. u. p. Dez.-Jan. 33 bis 2 bez., p. Jan.-Febr. 1892 - bez., p. April-Mai 32,8-33,05 bez.

Rüböl p. 100 Kilo mit Faß. Termine still. Gef. - Br. Ründigungspreis - M. loco mit Faß - ob Bahn bez., loco ohne Faß - p. diesen Monat 62,1 bez., p. Nov.-Dez. 61,8 M., p. Dez.-Jan. - bez., p. Jan.-Febr. - bez., p. Febr.-März - bez., p. April-Mai 61 M.

Trockene Kartoffelstärke p. 100 Kilo brutto inkl. Sad. loco 37,00 M. - Feuchte dgl. p. loco 20,75 M.

Kartoffelmehl p. 100 Kilo brutto inkl. Sad. loco 37,00 Markt.

Petroleum. (Raffinirtes Standard white) p. 100 Kilo mit Faß in Fässern von 100 Btr. Termine - Gefündigt - Kilo - Ründigungspreis - M., p. diesen Monat - M., p. Dez.-Jan. - bez.

Spiritus mit 50 M. Verbrauchsabgabe p. 100 Btr. à 100 Proz. = 10 000 Proz. nach Tralles. Gefündigt - Br. Ründigungspreis - M., loco ohne Faß 73,1-73 bez.

Spiritus mit 70 M. Verbrauchsabgabe p. 100 Btr. à 100 Proz. = 10 000 Proz. nach Tralles. Gefündigt - Br. Ründigungspreis - M. loco ohne Faß 53,3 bez.

Spiritus mit 50 M. Verbrauchsabgabe p. 100 Biter à 100 Proz. = 10 000 Proz. nach Tralles. Gefündigt - Br. Ründigungspreis - M. loco mit Faß - p. diesen Monat - bez.

Spiritus mit 70 M. Verbrauchsabgabe. Still. Gefündigt - Br. Ründigungspreis - M. loco mit Faß - p. diesen Monat - bez.

Spiritus mit 70 M. Verbrauchsabgabe. Still. Gefündigt - Br. Ründigungspreis - M. loco mit Faß - p. diesen Monat - bez.

Feine Marken über Notiz bezahlt. Geringer Begehr. Roggenmehl Nr. 0 u. 1 33,25-32,50 bez., do. feine Marken Nr. 0 u. 1 34,50-33,25 bez., Nr. 0 1/2 M. höher als Nr. 0 und 1 pr. 100 Kilo Br. inkl. Sad. Gute Frage.

Feste Umrechnung: 1 Livre Sterl. = 20 M. | Doll = 4 1/2 M. | Rub. = 3 M. 20 Pf. | 7 R. rüdd. W. = 12 M. | fl. österr. W. = 2 M. | fl. hell. W. | M. 70 Pf. | Frano oder | Lira oder | Peseta = 30 Pf.

Table with multiple columns listing various financial instruments, exchange rates, and market data. Includes sections for Bank-Diskonto, Gold, Banknoten u. Coupons, Deutsche Fonds u. Staatspap., Eisenbahn-Stamm-Priorität, Eisenbahn-Stamm-Aktien, Eisenbahn-Prioritäts-Obligat., Hypothek-Certifikate, and Industrie-Papiere.